



## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Carolina Brauckmann

Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Helene Uckermann

auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN

Herr Richard Klein

auf Vorschlag der Linken

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Roswitha-Cornelia Burauen

auf Vorschlag der Seniorenvertretung

## **Vorschläge der Wohlfahrtsverbände**

Frau Helga Blümel

Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes  
Köln und Region

Frau Monika Dierksmeier

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe  
Köln e.V.

Frau Maria Hanisch

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Herr Stefan Kersjes

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Herr Marc Ruda

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Herr Benzion Wieber

Synagogengemeinde Köln

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
  - 3.1 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge  
4237/2011
  - 3.2 Straßenreinigungsgebühren für Hinterlieger  
4839/2011

## **4 Mitteilungen**

- 4.1 Einschulungshilfe für Schulanfänger zum Schuljahr 2011/ 2012  
4402/2011
- 4.2 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2010  
4289/2011
- 4.3 Entwicklung der Fallzahlen im Sozialbereich  
3801/2011
- 4.4 Kennzahlenvergleich 2010 der großen Großstädte Deutschlands  
3967/2011
- 4.5 Vorstellung des Kölner Ausbildungsberichts 2010  
4226/2011
- 4.6 Gemeinsamer Bericht der Träger der Antidiskriminierungsarbeit im "Drei-Säulen-Modell" in Köln  
4616/2011
- 4.7 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2010  
2598/2011
- 4.8 Kabinettsentwurf des Teilhabe- und Integrationsgesetzes NRW - Beschluss des Integrationsrates  
4822/2011
- 4.9 Ergebnisse einer Städteumfrage aufgrund der Resolution des Rates zum Bildungspaket der Bundesregierung  
4589/2011

## **5 Wohnen**

- 5.1 Wohnen in Köln  
4041/2011
- 5.2 "Veedel für Menschen" und "Öffnung des Wohnquartiers für das Alter (SILQUA-ÖFFNA)" in Ehrenfeld  
4745/2011
- 5.3 Stadtentwicklungskonzept Wohnen - Analyse- und Prognoseteil (Modul 1) hier: Modellrechnungen und strategische Herausforderungen  
4700/2011

**6 Sachstand Programm Mülheim 2020**

- 6.1 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht 4518/2011  
4845/2011

**7 JobCenter Köln**

- 7.1 Bericht des Jobcenters Köln (JC Köln)  
4701/2011

**8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**

**9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

- 9.1. Gegen Gewalt an Frauen und ihren Kindern - Frauenhäuser stärken, verwie-  
sen aus der Ratssitzung am 24.11.2011  
AN/2062/2011

Änderungsantrag zu TOP 9.1 - Gegen Gewalt an Frauen und ihre Kinder –  
Frauenhäuser stärken  
AN/2152/2011

**10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

- 10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

- 10.1.1 Anfrage der Fraktion die Linke Senkung der Kosten der Unterkunft  
AN/1753/2011

- 10.1.2 Beantwortung der Anfrage der Fraktion die Linke Senkung der Kosten der Un-  
terkunft  
4240/2011

- 10.1.3 Beantwortung der Anfrage der CDU Fraktion; Einreise von Neu-EU-  
Bürgerinnen aus Bulgarien und Rumänien und die Auswirkungen in den Stadt-  
teilen  
4920/2011

- 10.2 Aktuelle Anfragen

**11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes  
Nordrhein-Westfalen**

- 11.1 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2011  
4108/2011

**12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

**13 Ausschussempfehlungen an den Rat**

- 13.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Str. 221, 51063 Köln-Mülheim und Abbruch des bisherigen städtischen Sozialhauses  
- Baubeschluss -  
3525/2011
- 13.2 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters in den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung aKDN-sozial des Zweckverbandes KDN  
3995/2011
- 13.3 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender  
4421/2011
- 13.4 Köln-Pass: Erlass einer Satzung zur Förderung von Sozialtickets im ÖPNV  
4267/2011
- 13.5 Abschließende Fortführung einer Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu  
4473/2011
- 13.6 Rahmenkonzept Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Verlängerung der befristeten Umsetzung  
3103/2011
- 13.7 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Augsburger Str. 4, 51103 Köln-Höhenberg und Abbruch der bisherigen städtischen Sozialhäuser Augsburger Str. 1 und 4.  
4232/2011

**14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

**15 Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 3 Beantwortung von Anfragen
  - 3.1 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge  
4237/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren hat die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

### 3.2 Straßenreinigungsgebühren für Hinterlieger 4839/2011

Frau Dr. Köhler ist mit der Beantwortung nicht zufrieden. Sie bittet die Verwaltung um eine Gegenrechnung.

Der Vorsitzende Herr Paetzold vermutet, dass es sich bei dem vorliegenden Fall um einen sehr speziellen Fall handeln könnte und schlägt vor, das Problem bilateral mit der Verwaltung zu lösen.

Herr Corneth erläutert, dass der vorliegende Fall ca. 20 % der Kölner Wohnungen betreffe.

Der Vorsitzende Herr Paetzold liest dies nicht so aus der Vorlage.

Herr Corneth bittet darum die Gegenrechnung zu zulassen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass dies nicht in das Themengebiet des Ausschusses für Soziales und Senioren gehört und verweist den Punkt zurück in den Beschwerdeausschuss.

In der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 17.11.2011 (TOP 15) fragte Frau Dr. Köhler folgendes:

Eine weitere Frage bezieht sich auf die Bescheide der Strassen Reinigungsgebühren wo die Mieter im Genossenschaftsbereich für vier Strassen statt für Frontmeter zahlen sollen. Die Auswirkungen der betreffenden Bescheide beinhalten eine Kostensteigerung von über 600% und steht anscheinend im Gegensatz zu dem was auf der Homepage der Stadt Köln steht.“

### **Die Verwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:**

Es trifft zu, dass auch sog. Hinterlieger zu Straßenreinigungsgebühren herangezogen werden. Eine ausführliche rechtliche Stellungnahme, die auf einer Beschwerde von Frau Dr. Köhler basiert, wurde am 29.09.2011 im Betriebsausschuss Abfallwirt-

schaftsbetrieb der Stadt Köln und am 10.10.2011 im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden behandelt (Session-Nr. 3541/2011).

Die Verwaltung sieht die praktizierte Veranlagung von Hinterliegern als rechtens an, was vom VG Köln und bisher auch vom OVG NRW bestätigt wurde. Eine Berufung in einem Musterfall ist beim OVG NRW anhängig.

Es gab rückwirkende Veranlagungen für maximal 4 Jahre, weil der Tatbestand einer Hinterliegererschließung bei div. Grundstücken übersehen worden war. Eine Kostensteigerung von 600 % (für ein Jahr) kann allerdings nicht bestätigt werden.

Der Internetauftritt des Kassen- und Steueramtes beschreibt die Veranlagungspraxis, auch bei Hinterliegern, ausführlich, allerdings können nicht alle denkbaren Varianten dort dargestellt werden. Frau Dr. Köhler ist im Übrigen auch in verschiedenen Schreiben auf die Rechtslage hingewiesen worden.

## **4 Mitteilungen**

### **4.1 Einschulungshilfe für Schulanfänger zum Schuljahr 2011/ 2012 4402/2011**

Frau Stahlhofen fragt, ob die Einschulungshilfe auch Teil des Bildungspaketes sei.

Frau Reker verneint dies.

Frau Hoyer möchte wissen, ob es eine generelle Problematik sei, dass bei dieser Art der Antragsstellung eine geringere Auslastung vorliege.

Herr Santelmann antwortet, dass die Verwaltung nicht wisse wie viele Kinder die eingeschult werden, einen Köln-Pass besitzen. In der Verwaltung gebe es hierzu keinen Datenausgleich. Gegenüber dem Vorjahr sei aber ein Anstieg der bewilligten Anträge festzustellen.

Frau Hoyer ist mit der Antwort zufrieden.

### **4.2 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2010 4289/2011**

Frau Schmerbach lobt die Verwaltung für den vorliegenden Bericht. Sie fragt nach, wie viele Menschen mit Behinderung aus gesundheitlichen oder aus Altersgründen ausgeschieden sind? Weiter solle die Verwaltung bitte prüfen, ob die Stadt Köln integrierte Werkstattarbeitsplätze anbietet. Zusätzlich bittet sie zu prüfen, inwieweit mehr Bewerbungen von außerhalb der Stadtverwaltung berücksichtigt werden könnten. Zum Schluss solle die Verwaltung untersuchen, ob alle unterschiedlichen Arbeits- bzw. Ausbildungsmodelle im Bereich Menschen mit Behinderung im Ausbildungs- und Beschäftigungsbereich der Stadt Köln angewendet werden.

Herr Ladenberger lobt den vorliegenden Bericht ebenfalls fordert aber die Verwaltung auf, bei der Einstellung von Menschen mit Behinderungen mehr Kreativität zu zeigen, dass mehr Menschen einen Arbeitsplatz ausüben können.

Frau Reker dankt für Lob und Anregungen und sagt zu, dass die Fragen an die entsprechende Fachverwaltung weitergeleitet werden.

Herr Helling erinnert an das Kernproblem, dass Schwerbehinderte auf dem Arbeitsmarkt ganz schlechte Chancen bei Neueinstellungen haben. In diesem Bereich würde es der Stadtverwaltung gut tun Sonderanstrengungen zu unternehmen.

Frau Schmerbach weist auf das Projekt Hausmeisterhilfe hin und findet, dass man solche Projekte weiter unterstützen und durchführen müsse.

#### **4.3 Entwicklung der Fallzahlen im Sozialbereich 3801/2011**

Hr. Dr. Schulz weist auf die vorliegende Entwicklung hin und möchte wissen, ob bei den vorliegenden Zahlen im Bereich der Transferleistungen, auch Menschen mit Schwerbehinderung berücksichtigt worden seien.

Hr. Olpen antwortet, dass es sich um Leistungen nach dem dritten Kapitel des SGB XII handelt. Hierbei werden aber keine weiteren Unterscheidungen getroffen, so dass es durchaus möglich sei, dass Menschen mit Behinderung von diesen Transferleistungen profitieren.

Herr Kersjes fragt, ob die Stadt Köln mit weiter zunehmenden Fallzahlen rechnet und wie die Stadt dieser Entwicklung gedenkt entgegen zu wirken.

Frau Gärtner möchte wissen, was andere Städte genau in den einzelnen Fallprüfungen gemacht haben, auf die in der Mitteilung unter TOP 4.4 verwiesen wird und ob dies für Köln ebenfalls eine Alternative wäre.

Herr Olpen antwortet, dass die Fallzahlen weiter steigen könnten, vor allem durch Zugänge aus dem SGB II Bereich. Auch bei der Stadt Köln gibt es weiterführende Strategien, die gerade optimiert und neu durchdacht werden. Nach Abschluss dieses Prozesses sagt er zu, den Ausschuss weiter zu informieren.

#### **4.4 Kennzahlenvergleich 2010 der großen Großstädte Deutschlands 3967/2011**

Frau Schmerbach fragt nach, ob mehr Menschen in die stationäre als in die ambulante Hilfe zur Pflege gehen?

Herr Olpen erläutert, dass in allen Städten mehr Menschen in stationäre als in ambulante Hilfe zur Pflege gehen, dass Verhältnis ist aber zwischen den Städten sehr verschieden. In Köln kommen auf 100 Menschen die stationäre Hilfen erhalten 40 Menschen die ambulante Hilfen erhalten. Köln hat in Bezug auf die NRW-Städte die höchste Quote bei ambulanter Hilfe.

Frau Hoyer lobt die Verwaltung für den vorliegenden Bericht. Sie fragt weiter nach, warum so viele „Alte Bekannte“ sich im Leistungsbezug befinden?

Herr Olpen antwortet, dass die Kölner Integrationsquote im Vergleich zu anderen Städten sehr gut ist. Bei den „Alten Bekannten“ ist es nicht gelungen sie dauerhaft in Beschäftigung zu bringen. Die Stadt Köln hat leider nicht genügend Mittel für Integrationsmaßnahmen, damit alle Menschen versorgt werden können.

Herr Dr. Schulz verweist in dem Zusammenhang auf die Notwendigkeit des Mindestlohns.



**4.5 Vorstellung des Kölner Ausbildungsberichts 2010  
4226/2011**

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

**4.6 Gemeinsamer Bericht der Träger der Antidiskriminierungsarbeit im  
"Drei-Säulen-Modell" in Köln  
4616/2011**

Die Ausschusmitglieder nehmen diese Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.7 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2010  
2598/2011**

Die Ausschusmitglieder nehmen diese Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.8 Kabinettsentwurf des Teilhabe- und Integrationsgesetzes NRW - Be-  
schluss des Integrationsrates  
4822/2011**

Die Ausschusmitglieder nehmen diese Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.9 Ergebnisse einer Städteumfrage aufgrund der Resolution des Rates zum  
Bildungspaket der Bundesregierung  
4589/2011**

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

**5 Wohnen**

**5.1 Wohnen in Köln  
4041/2011**

Herr Helling fragt, ob es beim Sozialen Wohnungsbau genügend Antragsteller gebe und ob es exakte Daten über die Antragsverläufe 2011 gebe? Er bittet um eine schriftliche Antwort.

Herr Ludwig antwortet, dass im laufenden Jahr 2011 67 Millionen € ausgegeben wurden. Weitere Projekte hätten gefördert werden können, wenn mehr Geld zur Verfügung gestanden hätte. Er sagt eine weitere schriftliche Antwort zu.

**5.2 "Veedel für Menschen" und "Öffnung des Wohnquartiers für das Alter (SILQUA-ÖFFNA)" in Ehrenfeld  
4745/2011**

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

**5.3 Stadtentwicklungskonzept Wohnen - Analyse- und Prognoseteil (Modul 1)  
hier: Modellrechnungen und strategische Herausforderungen  
4700/2011**

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

**6 Sachstand Programm Mülheim 2020**

**6.1 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht 4518/2011  
4845/2011**

Frau Göttgens ergänzt zu der vorliegenden Mitteilung, dass heute ein weiteres Bildungsprojekt an den Start gegangen. Das Projekt SpoBIG, welches das Institut der Sportwissenschaft der TU Chemnitz ist. In diesem Projekt wird mit dem Kölner Stadt-sportbund und der Kölner Sportjugend zusammen gearbeitet.

**7 JobCenter Köln**

**7.1 Bericht des Jobcenters Köln (JC Köln)  
4701/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Diskussion zur Kenntnis.

**8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**

**9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates  
9.1 Gegen Gewalt an Frauen und ihren Kindern - Frauenhäuser stärken,  
verwiesen aus der Ratssitzung am 24.11.2011  
AN/2062/2011**

Frau Hoyer begründet die Dringlichkeit des Antrages der FDP zur finanziellen Sicherung der beiden vorhandenen Frauenhäuser sowie den weiteren Bedarf für ein drittes Frauenhaus.

Frau Gärtner findet, dass es augenblicklich zu früh sei ein drittes Frauenhaus zu schaffen. Zuerst müsse die tatsächliche Bedarfsfrage geklärt werden. Auch solle die Verwaltung prüfen, ob es weitere Kostenträger für Frauenhäuser gebe. Ebenfalls solle die Verwaltung ein Konzept erarbeiten, wie weiterführende Hilfen für die betroffenen Frauen gesichert werden können. Zusätzlich erläutert sie, dass viele Frauen von au-

ßerhalb Köln`s kommen. Dies sei zwar an sich gut, aber es könne nicht sein, dass die Stadt Köln einseitig die Kosten tragen müsse.

Frau Schmerbach erläutert, dass zuerst eine Bedarfsanalyse vollzogen werden solle, bevor weitere finanzielle Hilfen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Helling stellt fest, dass es ein hohes gemeinsames Interesse gibt, die Situation der betroffenen Frauen zu verbessern. Für ihn sei die aktuelle Datenlage und Faktenlage der Frauenhäuser nicht ausreichend. Er schlägt vor die Verwaltung zu beauftragen, eine genaue Übersicht über die finanzielle Situation und Auslastung beider Frauenhäuser zu erstellen. Auch sei für ihn zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage, ob und in welchem Umfang der kommunale Haushalt die Stabilisierung der beiden Frauenhäuser gewährleisten kann, möglich. Er schlägt vor den FDP Antrag auf die nächste Sitzung zu verschieben. Ebenfalls bittet er um Informationen über den konkreten Bedarf nach zusätzlichen Plätzen. Er fragt weiter, ob eine andere regionale Aufteilung der betroffenen Personen möglich sei, ob das Verfahren über die Klärung des Status beschleunigt werden könne und ob es ein Umzugsmanagement gibt und dies ggf. verbessert werden könne.

Frau Stahlhofen schließt sich dem Vorschlag von Hr. Helling an und würde ein drittes, barrierefreies Frauenhaus begrüßen.

Frau Hoyer wäre damit einverstanden, den Antrag in die nächste Sitzung zu schieben.

Frau Reker berichtet von einem Gespräch mit den Vertreterinnen der beiden Frauenhäuser und Hr. Santelmann. In diesem Gespräch wurde die schwierige finanzielle Lage erläutert, allerdings ohne diese mit Unterlagen zu belegen. Diese Unterlagen sind bis heute nicht bei der Verwaltung eingegangen. Deshalb sei sie für den konkreten Prüfauftrag dankbar.

Herr Paetzold fasst die Diskussion zusammen. Der Antrag der FDP wird auf die nächste Sitzung verschoben. Die Fragen des CDU Änderungsantrages, der sich damit erledigt hat, und die Fragen von Hr. Helling möge die Verwaltung zur nächsten Sitzung beantworten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu setzen.

Am 25. November 2011 engagiert sich der Arbeitskreis „Gegen Gewalt an Frauen und Kindern“ unter der Federführung des Amtes zur Gleichstellung der Stadt Köln, wie bereits seit vielen Jahren, am internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen. Der Arbeitskreis ist ein breiter Zusammenschluss von Einrichtungen und Projekten aus dem Bereich der Arbeit mit von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern. Frauen helfen Frauen als Träger der Autonomen Frauenhäuser ist seit Gründung des Arbeitskreises aktiv dabei.

Initiiert durch die internationale Frauenbewegung in den 70er Jahren hat es sich die Stadt Köln zur Aufgabe gemacht, Schutz, Unterkunft und Unterstützung für Frauen, die von körperlicher, seelischer und sexualisierter Gewalt betroffen sind, zu bieten und zu sichern. Um schnellstmöglich den betroffenen Frauen zu helfen, wurde im Jahre

1976 das erste Kölner Frauenhaus gegründet. Die hohe Auslastung dieser Hilfeeinrichtung und die steigende Anzahl der Betroffenen erforderte 1991 die Einrichtung des zweiten Frauenhauses. Seither ist der Ausbau der Plätze nicht weiter forciert worden, obwohl die Fallzahlen leider weiter gestiegen sind.

Der Rat der Stadt Köln möge daher beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einem ersten Schritt die Finanzierung der bestehenden zwei Frauenhäuser – Zuschüsse für das „Kinderhaus Frauen helfen Frauen e.V.“ und „Frauen helfen Frauen e.V.“ für die Haushaltsjahre 2012 und folgende sicher zu stellen bzw. anzuheben und dem Rat entsprechende Deckungsvorschläge vorzulegen.

Im zweiten Schritt wird die Verwaltung beauftragt, dem Rat der Stadt Köln in enger Abstimmung mit dem „Verein Frauen helfen Frauen“ ein geeignetes Grundstück oder eine bereits bestehende Immobilie vorzuschlagen, um ein drittes Frauenhaus in Köln schnellst möglich zu errichten. Darüber hinaus muss die Restkostenfinanzierung eines dritten Frauenhauses durch die Stadt Köln gewährleistet werden. Die Landesregierung NRW hat bereits eine Teilfinanzierung zugesagt.

Begründung:

Die Herausforderungen bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sind äußerst komplex. Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich durch alle Schichten und soziale Milieus zieht. Gewalt gegen Frauen in unterschiedlichen Formen findet alltäglich und mitten unter uns statt. Dies betrifft zum Beispiel Gewalt im häuslichen Bereich, sexuelle Belästigungen, Gewalt in der Prostitution oder in Form von Frauenhandel.

Opfer von Gewalt gegen Frauen sind auch Kinder. Gewalt gegen Mütter wirkt sich auch auf ihre Kinder aus - sie erleiden häufig selbst Gewalt oder beobachten diese. Gewalt trifft auch ältere Frauen und Frauen mit Behinderungen. Gewalt gegen Frauen hat immer gravierende Folgen für die Gesundheit und die gesundheitliche Versorgung der Betroffenen.

Rund 25 Prozent der Frauen im Alter von 16 bis 85 Jahren haben körperliche oder sexuelle Gewalt - oder auch beides - durch Beziehungspartner mindestens ein- oder auch mehrmals erlebt. Es ist davon auszugehen, dass rund 160.000 Kölnerinnen betroffen sind. Mittelbar oder unmittelbar natürlich auch deren Kinder. Allein im Jahr 2009 konnten 491 Frauen und deren Kinder im ersten Frauenhaus und 737 im zweiten Frauenhaus aus Kapazitätsmangel nicht in Kölner Frauenhäuser aufgenommen werden. Im Jahre 2010 waren es bereits 667 Frauen und Kinder und im zweiten Haus 785, die auf Grund von Überbelegung abgewiesen werden mussten.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Begründung der Dringlichkeit:

Am 11.11.2011 wurden die Fraktionen über eine geplante Demonstration für ein dringend benötigtes drittes Frauenhaus in Köln von der Verwaltung informiert. Die Antragsfrist für die Ratssitzung endete bereits am 10.11.2011. Somit war die Einhaltung der Antragsfrist nicht möglich.

### **Beschluss:**

Gemäß Anträgen der Ratsmitglieder Helling und Schmerbach, beschließt der Rat, die Angelegenheit zur weiteren Beratung in den Ausschuss Soziales und Senioren zu verweisen.

**Änderungsantrag zu TOP 9.1 - Gegen Gewalt an Frauen und ihre Kinder  
– Frauenhäuser stärken  
AN/2152/2011**

Sehr geehrter Herr Paetzold,

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Änderungsantrag zu TOP 9.1 der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 01.12.2011:

Der letzte Absatz beginnend auf der 1. Seite mit *"Im zweiten Schritt wird die Verwaltung beauftragt..."*

wird ersetzt durch:

Im zweiten Schritt soll die Verwaltung vor Einrichtung eines weiteren Frauenhauses folgende Fragen prüfen:

1. Wieviele Frauen kommen aus Köln in die Frauenhäuser und wieviele kommen von außerhalb Kölns?
2. Wie lange ist die durchschnittliche Verweildauer in den bestehenden Frauenhäusern?
3. Wie hoch ist der Bedarf an Plätzen in Frauenhäusern allgemein?
4. Welche Auswirkungen auf den Haushalt 2012 ff würde die Einrichtung eines 3. Frauenhauses haben?
5. Ist evtl. eine Regelfinanzierung über andere Kostenträger möglich?

Darüber hinaus soll die Verwaltung ein Konzept erarbeiten, wie Frauen möglichst schnell von anderen Angeboten aufgefangen werden können, um eine möglichst kurze Verweildauer in den Häusern zu gewährleisten.

Begründung:

erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Götz

(Fraktionsgeschäftsführer)

,

## **Beschluss:**

### **10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

#### **10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen**

##### **10.1.1 Anfrage der Fraktion die Linke Senkung der Kosten der Unterkunft AN/1753/2011**

##### **10.1.2 Beantwortung der Anfrage der Fraktion die Linke Senkung der Kosten der Unterkunft 4240/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Diskussion zur Kenntnis genommen.

##### **10.1.3 Beantwortung der Anfrage der CDU Fraktion; Einreise von Neu-EU- Bürgerinnen aus Bulgarien und Rumänien und die Auswirkungen in den Stadtteilen 4920/2011**

Frau Gärtner dankt der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung.

Frau Reker bittet die Mitglieder des Ausschusses weitere Fragen zu diesem Thema im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales zu stellen.

#### **10.2 Aktuelle Anfragen**

Frau Stahlhofen fragt, wie viele befristete Arbeitsverträge das Jobcenter in Köln abgeschlossen hat.

Frau Gärtner fragt zur Finanzierung der Bürgerzentren und Bürgerhäuser und der Bürgerbegegnungsstätten. Welche Zuschüsse und Unterstützungen erhalten freie Träger, auf welchen Grundlagen gibt es Mietzuschüsse usw.? Sie bittet um eine Gesamtübersicht.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt zum Bürgerzentrum Finkenbergr, ob es dort erhebliche bauliche Mängel gebe. Wie stelle sich die Verwaltung vor diesem Hintergrund vor, im Haushaltsplan eingestellte Mittel für den Betrieb Zweck entsprechend zu verwenden. Nach seiner Kenntnis müsse das Haus sichtbar saniert werden und es seien Brandschutzmaßnahmen erforderlich.

Herr Helling bittet um nachträgliche Mitteilung zum Thema Bürgerzentrum Finkenbergr. Weiter stellt er die Frage nach der Situation der technischen Stelle im Büro der Behindertenbeauftragten. Wie weit ist der Stand der Stellenbesetzung?

Frau Reker berichtet über ein aktuelles Schreiben der Fachverwaltung in dem ein Weg aufgezeigt werde wie diese halbe Stelle möglicherweise besetzt werden könne. Nach einer Prüfung werde sie den Ausschuss wieder informieren.

Frau Schmerbach bittet um ein Anforderungsprofil dieser Stelle.

Frau Reker sieht Schwierigkeiten diese Stelle kompetent zu besetzen, wird aber selbstverständlich in der nächsten Sitzung die Frage beantworten.

## **11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

### **11.1 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2011 4108/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren stimmt ohne weitere Diskussion über die Beschlussvorlage ab.

#### **Beschluss:**

Für Maßnahmen im Rahmen des Antirassismus-Training im Jahr 2011 werden in einem zweiten Schritt die im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Mittel in Höhe von 1.000 € an das „Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung“ für die Veröffentlichung einer Broschüre „Rat & Hilfe bei Diskriminierung und Rassismus. Ein Wegweiser für Anlauf- und Beratungsstellen in Köln“ vergeben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme von Pro Köln

## **12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

## **13 Ausschussempfehlungen an den Rat**

### **13.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Str. 221, 51063 Köln-Mülheim und Abbruch des bisherigen städtischen Sozialhauses - Baubeschluss - 3525/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren stimmt ohne weitere Diskussion über die Beschlussvorlage ab.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat nimmt die Planung zur Bebauung des städtischen Grundstückes Berliner Str. 221, 51063 Köln (Gemarkung: Dünnwald, Flur 61, Flurstück 923/0) zur Kenntnis und beschließt den Neubau des Wohnhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau mit

investiven Gesamtkosten in Höhe von 4,47 Mio. € (incl. bereits verausgabter Planungskosten in Höhe von 173.210 €).

Damit bereits 2011 mit dem Bau begonnen werden kann, beschließt der Rat außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 140.000 € im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, bei der neuen Finanzstelle 5620-1004-0-5105, Neubau Berliner Str. 221, Hj. 2011.

Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan, bei Finanzstelle 5620-1004-8-5117, Neubau Augsburger Str. 1 u. 4, aufgrund von Verzögerungen bei der Baumaßnahme Augsburger Str. 1 u. 4 im Hj. 2011.

Die darüber hinaus benötigten Auszahlungsermächtigungen von 4.156.790 € sind im Hpl. 2012 ff zu veranschlagen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Bauvorhaben umzusetzen. Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabeverhaltes.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**13.2 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters in den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung aKDn-sozial des Zweckverbandes KDN  
3995/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren stimmt ohne weitere Diskussion über die Beschlussvorlage ab.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat der Stadt Köln weist die Vertreter der Stadt Köln in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KDN an, in den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung aKDn-sozial folgende Bedienstete der Stadt Köln zu wählen:

- als Vertreter:

Herr Dieter Kruse, 12-Amt für Informationsverarbeitung

- als Stellvertreter:

Herr Winfried Nußbaum, 50-Amt für Soziales und Senioren

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**13.3 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender  
4421/2011**

Frau Brauckmann äußert sich positiv über den Beschlussvorschlag.



## **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt, die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST) mit folgenden Organisationen und Selbsthilfegruppen zu besetzen:

1. Amigas – Netzwerk Lesbischer Unternehmerinnen e.V.
2. Bartmänner Köln e.V.
3. TX Köln – Selbsthilfegruppe für transidente Menschen
4. Kölner Lesben- und Schwulentag e.V. (KLuST)
5. Jugendzentrum Anyway
6. Rubicon Beratungszentrum
7. Lesben- und Schwulenverband, Ortsverband Köln e.V. (LSVD)
8. Aidshilfe Köln e.V.
9. SC Janus e.V.

Die genannten Organisationen entsenden die Vertreterinnen/Vertreter gemäß § 2 Abs. 1, Nr. 1 der Geschäftsordnung der StadtAG LST. Sie sind stimmberechtigt gem. § 2 Abs. 3 der Geschäftsordnung der StadtAG LST.

Jede Organisation bestimmt ihre Stellvertreterin bzw. ihren Stellvertreter selbst. Da es für die Abbildung der Vielfalt der „Community“ in der StadtAG LST von Vorteil ist, schlägt die Verwaltung vor, eine der bisher nicht für einen Sitz berücksichtigten Bewerberorganisationen:

- Wirtschaftsweiber e.V. – Netzwerk lesbischer Fach- und Führungskräfte
- Rheinfetisch e.V.
- Schwul-lesbisches Wohnen e.V.
- LOOKS e.V.
- Völklinger Kreis e.V. Regionalgruppe Köln
- SchwulPS e.V. (Schwule Initiative für Pflege und Soziales)
- Centrum Schwule Geschichte e.V.

als Stellvertreterin bzw. ihren Stellvertreter zu benennen.

Die Verwaltung schlägt darüber hinaus vor, dass die Geschäftsführung ständige Gäste zu den Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender einladen kann, denen ein Rederecht eingeräumt wird.

## **Beschluss:**

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme von Pro Köln

### **13.4 Köln-Pass: Erlass einer Satzung zur Förderung von Sozialtickets im ÖPNV 4267/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren stimmt ohne weitere Diskussion über die Beschlussvorlage ab.

## **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung über den Erlass einer Allgemeinen Vorschrift zur Festsetzung von Höchsttarifen für KölnPass-Tickets und zur Ausreichung der Fördermittel des Landes NRW für Sozialtickets. Er beauftragt die Verwaltung, die Fördermittel des Landes NRW für Sozialtickets nach Maßgabe dieser Satzung an die Verkehrsunternehmen weiterzuleiten.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**13.5 Abschließende Fortführung einer Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu  
4473/2011**

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verschoben.

**13.6 Rahmenkonzept Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Verlängerung der befristeten Umsetzung  
3103/2011**

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verschoben..

Außerdem lag ein Änderungsantrag Der Linken vor. Dieser wird wie die der ursprüngliche Antrag in die nachfolgenden Gremien geschoben, da er nicht behandelt wurde.

**13.7 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Augsburger Str. 4, 51103 Köln-Höhenberg und Abbruch der bisherigen städtischen Sozialhäuser Augsburger Str. 1 und 4.  
4232/2011**

Frau Stahlhofen fragt ob beide Häuser entfernt werden sollen, der Neubau sei dann ein Riegelbau und auf dem anderen Grundstück sollen Parkplätze errichtet werden.

Herr Kube antwortet, der Zustand der Häuser war so, dass sie dauerhaft nicht zu Wohnzwecken genutzt werden konnten. Einen weiteren Konflikt gab es, dass ein Haus in unmittelbarer Nachbarschaft zur Bildungslandschaft stand. Im Rahmen der Abrissplanungen wurde ein größerer Bau auf der gegenüberliegenden Seite errichtet und der Wendebereich wurde zur Schulseite verlegt. Der abgerissene Teil soll in Zukunft der Bildungslandschaft zur Verfügung stehen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat nimmt die Planung zur Bebauung des städtischen Grundstückes Augsburger Str. 4, 51103 Köln-Höhenberg (Gemarkung: Vingst, Blatt 00229 Flur 29, Flurstücke 754) zur Kenntnis und beschließt den Neubau des Wohnhauses im öffentlich geför-

erten Wohnungsbau mit investiven Gesamtkosten in Höhe von 3.328.000 € (incl. bereits verausgabter Planungskosten in Höhe von rd. 180.000,00 €).

Der Rat beschließt:

- die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Hj. 2011 i. H. v. 410.000 €, im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen;
- die haushaltsmäßige Berücksichtigung von investiven Auszahlungsermächtigungen in den Haushaltsplänen 2012 ff von 1.100.000 € in 2012, 1.300.000 € in 2013 und 338.000 € in 2014 im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilfinanzplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen;
- den Abbruch des städtischen Sozialhauses Augsburgsburger Str. 1+4, 51103 Köln-Höhenberg

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Bauvorhaben umzusetzen. Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

**15 Anfragen**